- I. Der Beklagten wird untersagt, gegenüber Verbrauchern gemäß § 13 BGB die nachfolgenden oder inhaltsgleiche Klauseln in ihren Allgemeinen Geschäftsbedingungen im Zusammenhang mit Verträgen über die Mitgliedschaft in einem Fitnessclub zu verwenden oder sich auf diese Klauseln zu berufen:

[...]

1. Die Supreme Fitnessanlagen GmbH & Co. KG behält sich vor die Öffnungszeiten zu ändern.
2. Das Training erfolgt auf eigene Verantwortung und Gefahr.
3. Jedes Mitglied wurde ausdrücklich darüber informiert, dass kein Aufsichtspersonal vor Ort ist.

[...]

5. Jedes Mitglied wurde ausdrücklich darüber informiert, dass der Eingangsbereich sowie die Trainingsflächen, unter Beachtung der Datenschutzverordnung und anderer nationaler Datenschutzgesetze, videoüberwacht sind.
6. Die Supreme Fitnessanlagen GmbH & Co. KG übernimmt keine Haftung bei zu häufigem Bräunen und dessen Folgen.
7. Die Supreme Fitnessanlagen GmbH & Co. KG übernimmt keine Haftung bei zu häufigem und zu langem saunieren und dessen Folgen.
8. (Soweit auf die Klauseln „Bei Zahlungsverzug von mehr als 8 Wochen ist die Supreme Fitnessanlagen GmbH & Co. KG berechtigt, die Nutzung der Fitnessanlage durch das Mitglied bis zur Begleichung des vollständigen Rückstandes einzustellen. Weiterhin ist die Supreme Fitnessanlagen GmbH & Co. KG berechtigt, aus wichtigem Grund zu kündigen und den Vertrag bei außerordentlicher Kündigung endfällig zu stellen.“ verwiesen wird:) Das bedeutet, dass alle Beiträge bis zum regulären Laufzeitende als Schadensersatz per sofort fällig werden. Hierzu zählen auch Pauschalen und Zusatzbausteine.

[...]

13. Bei Verlust des Zutrittsmediums muss ... für 20 Euro ein neues Medium erworben werden.
14. Defekte Zugangskarten ... Im Falle eigenen Verschuldens muss für 20 Euro ein neues Medium erworben werden.

[...]

20. Eine außerordentliche Kündigung ist in der fortlaufenden Vertragsperiode nicht möglich.

[...]

25. Während der Mitgliedschaft ist die Supreme Fitnessanlagen GmbH & Co. KG zudem berechtigt, den Beitrag pro Jahr um 5,00 Euro monatlich zu erhöhen.

26. Außerdem können Erhöhungen der Transponder-Gebühr oder der Servicepauschale um je 5,00 Euro erfolgen, bezogen auf das jeweilige Zahlungsintervall.

[...]

28. Kann die Supreme Fitnessanlagen GmbH & Co. KG aus Gründen höherer Gewalt die vertraglich festgelegten Leistungen nicht erbringen, entsteht kein Anspruch auf Schadensersatz.

- II. Der Beklagten wird für jeden Fall der Zuwiderhandlung ein Ordnungsgeld bis zu 250.000,00 € (ersatzweise Ordnungshaft bis zu sechs Wochen) oder Ordnungshaft bis zu sechs Monaten angedroht.
- III. Die Beklagte wird verurteilt, an den Kläger 243,51 € zuzüglich Zinsen hieraus in Höhe von fünf Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz p.a. seit dem 07.11.2024 zu zahlen.
- IV. Die Beklagte hat die Kosten des Rechtsstreits zu tragen.
- V. Das Urteil ist vorläufig vollstreckbar.

Beschluss

Der Streitwert wird auf 72.500,00 € festgesetzt.

Entscheidungsgründe

1. Die Beklagte hat mit Schriftsatz vom 07.07.2025 hinsichtlich der noch im Streit gestandenen Unterlassungs- und Kostenerstattungsansprüche zu den Klageanträgen I.1 bis I.3, I.5 bis I.8, I.13, I.14, I.20, I.25, I.26 und I.28 sowie II. das Anerkenntnis erklärt hat.
2. Nachdem bereits zu den mit den Klageanträgen I.4, I.9 bis I.12, I.15 bis I.19, I.21 bis I.24, I.27 und I.29 geltend gemachten Unterlassungsansprüchen unter dem 31.03.2025 ein Teil-Anerkenntnisurteil ergangen war, ist durch Teil-Anerkenntnis- und Schlussurteil einheitlich über die Kosten des Rechtsstreits zu entscheiden. Diese sind gemäß § 91 ZPO vollständig der Beklagten aufzuerlegen, weil für eine Anwendung von § 93 ZPO kein Raum ist.
3. Die Entscheidung über die vorläufige Vollstreckbarkeit beruht auf § 708 Nr. 1 ZPO.

4. Die Streitwertfestsetzung folgt aus § 48 Abs. 1 Satz 1 GKG i.V.m. § 3 ZPO. Der Gebührenstreitwert in Verfahren nach dem Unterlassungsklagengesetz bestimmt sich allein nach dem Interesse der Allgemeinheit an der Beseitigung der angegriffenen Klauseln, nicht hingegen nach der wirtschaftlichen Bedeutung des angestrebten Verbots (BGH, Beschlüsse vom 13.10.2020 – VIII ZR 25/19, juris Rn. 8 und vom 17.11.2020 – X ZR 3/19, juris Rn. 7). Hier ist ein Wert von 2.500,00 € je beanstandeter Klausel als angemessen anzusehen.

■■■■■
Vorsitzender Richter
am Oberlandesgericht

■■■■■■■■■■
Richter
am Oberlandesgericht

■■■■■■■■
Richter
am Oberlandesgericht